



Gesetzliche Krankenversicherung

## Die Solidarität ist das Fundament des Systems

Die AOK wendet sich energisch dagegen, die gesetzliche Krankenversicherung in Grund- und Wahlleistungen aufzuspalten. Hinter entsprechenden Vorschlägen steht nach Ansicht von Peter Kirch, Verwaltungsratsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, der Wunsch nach einem Abbau medizinisch notwendiger Leistungen.

Wer Grund- und Wahlleistungen propagiere, so der Versichertenvertreter auf dem Presse-seminar seiner Organisation in Berlin, müsse offen sagen, dass er für breite Bevölkerungsschichten die Absicherung des Krankheitsrisikos verschlechtern wolle. Viele Menschen seien nicht in der Lage, sich privat abzuschern. Wahlleistungen aber, so Peter Kirch warnend, könnten nur mit einer Ge-

sundheitsprüfung und nach den wirtschaftlichen Regeln der privaten Krankenversicherung angeboten werden: „Keine Privatassekuranz versichert brennende Häuser“. Vor allem ältere Menschen mit Vorerkrankungen oder schon heute leicht nachweisbaren schlechten Genen seien häufig nicht mehr versicherbar. Nur eine verstärkte solidarische Absicherung von Krankheitsrisiken könne diese Menschen wirksam schützen. Kirch rief dazu auf, medizinische Innovationen durch eine hochwertige Qualitätssicherung zu flankieren. Unnötige Leistungen könnten nur durch qualitätsgesicherte, kontrollierte Leitlinien der Medizin verhindert werden. Darüber hinaus gelte es, langfristige Gesundheitsziele zu definieren. Hier bedürfe es einer politischen Diskussion.

### Ideenwettbewerb

#### Alter und Gesundheit

Gemeinsam vergeben der AOK-Bundesverband, die Gesundheitskasse der Bundeshauptstadt und die Ärztekammer Berlin den mit insgesamt 100 000 Mark dotierten „Gesundheitspreis 2000“. Diesmal steht er unter dem Motto „Alter und Gesundheit – Mehr Qualität durch vernetzte Versor-

gung“. Bis zum 31. Oktober dieses Jahres können sich Ärzte, Selbsthilfegruppen sowie soziale Dienste, Berufsorganisationen und Fachgesellschaften bewerben. Ausschreibungsunterlagen sind bei der Geschäftsstelle des Berliner Gesundheitspreises, AOK-Bundesverband, Rungestr. 3-6, 10179 Berlin, Telefon: (030) 2531-1320 oder per E-Mail unter: Berliner.Gesundheitspreis@dpbln.aok.de erhältlich.

Überkapazitäten

## Problem für die Krankenkassen

Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen wird vor allem durch das Überangebot der Anbieter stimuliert. Daran erinnerte Dr. Hans-Jürgen Ahrens, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, Politiker und Öffentlichkeit in Berlin.

Aus Sicht der AOK-Gemeinschaft sei nicht der Umfang des Leistungskataloges das Problem der gesetzlichen Krankenversicherung. Entscheidend wirke sich hier das Überangebot auf Seiten der Leistungsanbieter aus. Der Verbandschef wies exemplarisch auf das Geschehen im Bereich der Herzkatheder-Untersuchungen hin. Diese Methode werde von der AOK keinesfalls in Frage gestellt. Sorge bereite allerdings die überhöhte Zahl der Behandlungen im Vergleich zu anderen europäischen Industriestaaten. In der Bundesrepublik werden nach Angaben von Ahrens 160 Prozent mehr Herzkatheder gelegt als in Frankreich und immerhin noch 60 Prozent mehr als in den Niederlanden. Kritisch bewertete Ahrens im übrigen unter Hinweis auf internationale Analysen das überdurchschnittliche Preisniveau im deutschen Gesundheitswesen. Die Deutschen bezahlten für einen Luxuswagen, erhielten dafür aber lediglich ein funktionsfähiges Mittelklasseauto.

### Inhalt

Die Probleme der Europäischen Gesundheitssysteme .....	2
Pflegeversicherung stabil.....	2
GKV-Finanzentwicklung im ersten Quartal.....	3
Neuer „Verschiebepbahnhof“...3	
Verfassungsrichter bestätigen Ansprüche.....	3
AOK-Aktuell - Personalien	
Stabile Beitragssätze - Modell	

### Gutachter

## RSA kommt unter die Lupe

Das Bundesgesundheitsministerium hat den mit Spannung erwarteten Auftrag für die Studie zur Wirkungsweise des Risikostrukturausgleichs vergeben.

Den Zuschlag erhielten die Professoren Dieter Cassel (Duisburg), Jürgen Wasem (Greifswald) und das private Institut für Gesundheits- und Sozialforschung in Berlin. Eine zweite Bewerbergruppe um die Professoren Eberhard Wille (Mannheim) und Stefan Felder (Magdeburg) blieb unberücksichtigt. Bereits Ende September sollen die Wissenschaftler einen Zwischenbericht vorlegen. Bis Januar 2001 ist das endgültige Gutachten abzuliefern. Der Auftrag für die Studie basiert auf einer Entschliessung des Parlaments.